

April 2020

# Corona-Krise

## Der deutsche Blick auf Asien

---

### Von Asien lernen?

*Frank Priess*

Derzeit sind viele Blicke auf Asien gerichtet - auch der der Konrad-Adenauer-Stiftung, wie diese Publikation zeigt. Das hat aus aktuellem Anlass mit dem Umgang mit der Corona-Krise zu tun, aber nicht nur. Bereits vorher sahen viele Beobachter Asien und besonders die Volksrepublik China auf der Überholspur: deren wirtschaftlicher Erfolg und der Angriff auf die Technologieführerschaft der USA, gekoppelt mit einem militärisch-geostrategischen Ausgreifen in der Region und mittels „Belt and Road“ weit darüber hinaus, haben der Systemfrage neuen Schwung verliehen: Kann ein autoritäres und nicht-demokratisches System zur Nummer 1 der Welt werden? Kann es sogar als Beispiel für andere Teile der Welt dienen? Hat das westliche Modell und speziell das europäische gegen diesen Ansturm eine Überlebenschance? Ist China ein verantwortungsvollerer Stakeholder als die USA unter Präsident Trump? Wie wirkt sich der Wettstreit um die Führung weltweit aus, nicht zuletzt auf unsere Gesellschaft und unseren Wohlstand? Und nun zusätzlich Corona! Schnell zeigt sich allerdings auch, dass eine Verengung der Thematik auf China zu kurz griffe, gerade aus anderen Teilen Asiens kommt an die deutsche Adresse ohnehin schon der Vorwurf, Asien auf China zu reduzieren und andere wichtige Entwicklungen zu verpassen.

### Die Lehren sind komplex

Starten wir trotzdem mit der KP-geführten Volksrepublik, die ganz offenbar über viele Wochen von der Ausbreitung eines neuartigen Virus wusste, es aus unterschiedlichen Gründen aber vertuschte, verschleierte und selbst internationalen Verpflichtungen gegenüber der WHO, die schon im Dezember Warnungen aus Taiwan erhielt, erst verspätet nachkam. Eine Volksrepublik, die dann mit Heftigkeit reagierte, eine 60-Millionen-Region komplett abriegelte, Mobilität generell beschränkte, Hygienemaßnahmen radikal umsetzte und alle Register elektronischer Überwachung zog. Man igelte sich ein und begann mittlerweile werbewirksam, die Bewältigung der Krise als Erfolg des eigenen Modells zu verkaufen, das jetzt sogar in der Lage sei, weniger erfolgreichen Ländern zu helfen. Parallel hat die Ausweisung westlicher Journalisten dazu beigetragen, dass eine unabhängige Überprüfung chinesischer Angaben unmöglich ist und Narrative nicht wirkungsvoll hinterfragt werden können. Da wo die Nachrichtenkontrolle löchrig ist, werden dann schnell Defizite deutlich: etwa wenn nach Spanien gelieferte Schutzausrüstung sich als unwirksam erweist. Gerade die rigorose Zensur führt dazu, dass man chinesischen Angaben oft grundsätzlich misstraut!

Aber es ist nicht nur China, mit dem sich Vergleiche momentan aufdrängen: scheinen nicht auch Taiwan, Südkorea, Singapur, sogar Vietnam erfolgreicher bei der Krisenbewältigung als wir? Waren sie konsequenter, waren ihre Entscheidungsstränge kürzer und effektiver, war ihr Einsatz modernster Technik unserem (zu) sensiblen Umgang mit dem Datenschutz überlegen?

War man in der Prävention besser und hat aus früheren Krisen mehr gelernt? Hat die Dominanz von Gemeinschaftswerten in Krisenzeiten Vorteile gegenüber dem im Westen eher üblichen Individualismus?

Viel erfahrener und entsprechend vorsichtiger ist man in Asien auf alle Fälle, das zeigen alle Berichte, wenn es um Epidemien geht. Seit Anfang des Jahrtausends hinterließen MERS und SARS ihre Spuren, auch Dengue und andere Plagen gehören in der Region eher zum „Alltag“ als bei uns. Das Tragen von Masken gerade in hoch frequentierten Verkehrsmitteln ist Teil der Normalität in vielen asiatischen Großstädten. Gemeinschaftswerte stehen so hoch im Kurs, dass man sich eher pragmatisch verhält, übergeordneten Vorgaben folgt und den eigenen Individualismus nicht über alles andere stellt. Nur: wenn Taiwan schon im Dezember vor einem neuen Virus warnte und ab dem 30. Dezember Flugpassagiere aus Wuhan besonders kontrollierte, die Volksrepublik selbst im Januar Großregionen abriegelte, Vietnam Anfang Februar angesichts von zu diesem Zeitpunkt nur 16 Infizierten Maßnahmen wie Schulschließungen einleitete - wie erklärt sich dann die hier bis vor kurzem vorherrschende Meinung, dies habe mit uns offenbar wenig zu tun? Westliche Arroganz? Wäre, so fragen manche, das auch so passiert, wenn der Virus zuerst in den USA aufgetreten wäre? So jedenfalls dürfen wir die neue Erfahrung machen, als Deutsche und Europäer in anderen Teilen der Welt plötzlich als Risiko wahrgenommen zu werden und zu erleben, dass Menschen aus den USA und Europa ausgerechnet nach China zurückkehren, weil sie sich dort sicherer fühlen...

Das Thema Kommunikationstechnik und ihr Einsatz verdient sicher besonderes Augenmerk, auch über die aktuelle Krise hinaus. Eine Verbindung mit aktuellen Debatten um Big Data und Künstliche Intelligenz ist unvermeidlich: Das Tracking von Infizierten wird da über Apps möglich und erfolgreich eingesetzt, Gesichtserkennung hilft der Erinnerung zu möglichen Infektions- und Kontaktketten auf die Sprünge, Algorithmen erkennen Zusammenhänge, die der menschlichen Analyse möglicherweise verborgen bleiben, der gewonnene Datenschatz dient der Verbesserung dieser Angebote und verschafft technologische Vorsprünge, die – wenn überhaupt – nur schwer aufzuholen sind.

Das aktuelle Buch von Kai-Fu Lee zum Wettkampf der AI-Supermächte China und USA zeigt auf, was möglich und zu erwarten ist. Unter den weltweit zwanzig wertvollsten Technologiefirmen befinden sich inzwischen neun aus China, das Land bringt mittlerweile das zweieinhalbfache an AI-Patenten hervor als die USA, dreimal mehr Computerspezialisten graduiert sein universitäres System zusätzlich. Dass Europa inklusive des High-Tech-Exporteurs Bundesrepublik Deutschland bei all dem kaum eine Rolle spielt, ist mehr als nur ein besorgniserregender Nebenaspekt. Auch über die Chancen(losigkeit?) sogenannter Entwicklungsländer, irgendwie den Anschluss zu halten oder erst zu erlangen, muss gesondert nachgedacht werden.

In Asien jedenfalls basieren all diese Prozesse auf hoher Nutzerakzeptanz: Sicherheit wird höher bewertet als der Schutz der Privatsphäre - bei der Kriminalitätsbekämpfung und der Gesundheitsvorsorge greifen die gleichen Muster. Gesichtserkennung ist ein flächendeckend eingesetztes Mittel der Wahl. Smart Cities entstehen so möglicherweise eher und schneller in Asien als in Europa, dessen Lösungsansätze heute von gestern wirken und außerhalb des Kontinents für Stirnrünzeln sorgen. Auch in demokratischen Staaten geben e-Health-Systeme in der Krise Gelegenheit, Vorerkrankungen und Risikogruppen gezielt, schnell und massenhaft zu adressieren und die Verteilung von Bedarfsgütern wirkungsvoll zu organisieren - der Vergleich mit unserem Umgang mit der elektronischen Gesundheitskarte drängt sich förmlich auf.

Eingangstor sind dabei auch der hohe Komfort und die „benefits“, die entsprechende Anwendungen für die Konsumenten hervorbringen, am deutlichsten gebündelt im chinesischen WeChat: wie bei einem „Miles-and-more“-Programm wird man permanent für seinen „Dateneinsatz“ belohnt -

informationelle Selbstbestimmung verschwindet Stück für Stück, ohne dass man sich dessen wirklich gewahr wird. Und gleichzeitig stehen einem totalitären System Überwachungsmechanismen zur Verfügung, von denen George Orwell kaum zu träumen gewagt hätte.

## Zukunft der Globalisierung

Die aktuelle Krise stellt aber auch die Globalisierung insgesamt auf den Prüfstand, gerade globale Lieferketten werden hinterfragt. Wieviel „strategische Autonomie“ braucht es in welchen Bereichen national? Die Betrachtung der Performance der EU und ihr Zusammenhalt sind ein eigenes und verstörendes Thema, das sicher ganz oben auf die Liste der Aufarbeitungsnotwendigkeiten nach Ende der aktuellen Krise gehört. Was sind essentielle Güter, die besser „zu Hause“ hergestellt werden sollten, um in Krisenzeiten auch wirklich zur Verfügung zu stehen? Welche heimischen Firmen sollten welche Kompetenzen haben und behalten und was ist der Staat bereit, dafür einzusetzen, sollten sie im Preiskampf nicht mithalten können? Wie kann unsere „Resilienz“ insgesamt gestärkt werden, wenn es um nicht-traditionelle Sicherheitsbedrohungen geht - auch damit wird man sich beschäftigen müssen.

Gerade für ein exportabhängiges Land wie Deutschland ist das eine besonders brisante Frage in einer Zeit, wo die USA teilweise auf „de-coupling“, also die Trennung der wirtschaftlichen Integration, zu setzen scheinen und gerade Wettbewerber aus China als strategischen Gegner sehen. Was wäre, wenn die USA uns ähnlich wie beim Iran-Geschäft (oder Nordstream II) vor die Frage stellten: mit denen oder mit uns? Trotz unserer bekannten sicherheitspolitischen Totalabhängigkeit vom transatlantischen Partner hört man etwa aus Industriekreisen, dass nicht wenige deutsche Firmen dann schweren Herzens - mit Blick aufs Geschäft und auf die Zukunftserwartungen - sagen würden: dann mit den Chinesen ... Dass die Volksrepublik manchen jetzt als „Krisengewinnler“ erscheint, liegt offenbar an mehr als einer ausgeklügelten Krisenpropaganda und der vielfach naiv anmutenden „Huldigung“ durch europäische Politiker wie zum Beispiel den serbischen Präsidenten Aleksandar Vučić.

Besorgt macht - auch das weist über die Corona-Krise deutlich hinaus, dass wir auf all diese Debatten strategisch völlig unvorbereitet erscheinen. Deutschland und Europa reagieren, statt zu agieren und wenn, dann überaus schüchtern und spät. Das zu ändern ist Aufgabe verantwortlicher und vorausschauender Politik - die Beratung dafür ist Aufgabe gerade auch einer Institution wie der Konrad Adenauer Stiftung. Die vorliegende Publikation mit Einschätzungen unserer Auslandsmitarbeiter zum Umgang mit der Corona-Krise und den Vorbereitungen für eine Rückkehr in den Normalzustand in China, Hongkong, Japan, Singapur, Südkorea, Taiwan und Vietnam soll einen Beitrag zu einer vertieften Auseinandersetzung mit den oben adressierten Fragestellungen leisten.

## Einschätzungen aus China

*Michael Winzer und Matthias Schäfer*

Chinas offizielle Daten vermitteln den Eindruck, dass der Höhepunkt der ersten Krisenwelle der Covid-19-Pandemie überschritten wurde. Seit dem 22. März 2020, also nahezu genau zwei Monate nachdem erhebliche Ausgangsbeschränkungen verhängt worden sind, gibt es laut offiziellen Statistiken nur noch sehr wenige nachgewiesene Neuinfektionen im Land. Die Reiseeinschränkungen innerhalb des Landes wurden seither teilweise aufgehoben. Auch das Zentrum der Infektion, die Provinz Hubei mit der Hauptstadt Wuhan, können unter Auflagen und Einschränkungen seit dem 28. März wieder besucht werden. Sorgen bereitet den Behörden inzwischen das Auftreten von Neuinfektionen, die von Einreisenden nach China verursacht werden, so dass die Regierung seit dem 29. März erstmalig von der Gefahr einer zweiten Infektionswelle spricht, der es zu begegnen gilt. Auch im Land selbst werden weiterhin Personen positiv auf das Corona-Virus getestet, die aber aufgrund der lokalen Zählweise bei asymptomatischem Verlauf offenbar nicht grundsätzlich in die Statistik einfließen. Die Entwicklungen in Hongkong, Taiwan oder auch Südkorea sprechen ebenfalls dafür, dass die Situation in Ostasien nicht völlig unter Kontrolle ist.

Die chinesische Regierung hat am 23. Januar 2020, unmittelbar vor Beginn des chinesischen Neujahrsfests, Maßnahmen ergriffen und mit der strikten Abriegelung des Landes reagiert, um die Ausbreitung des Virus unter Kontrolle zu bringen. Einige Quellen sprechen davon, dass bereits seit Mitte November, zumindest aber Mitte Dezember 2019 über das Auftreten einer neuen ominösen, dem SARS Virus vergleichbare Infektionskrankheit der unteren Lungenwege in den sozialen Netzwerken gesprochen wurde. So ist auch zu Beginn des Ausbruchs möglicherweise zunächst wertvolle Zeit verstrichen, bis Maßnahmen zur Eindämmung des Virus ergriffen wurden.

Seit diesem Zeitpunkt setzte das Regime die Maßnahmen zur Eindämmung der Virusausbreitung rigoros um. Dies erfolgte zunächst physisch durch Mobilitätsbeschränkungen in drei konzentrischen Kreisen: Die Stadt Wuhan als Zentrum des Ausbruchs und kurz darauf die Provinz Hubei wurden abgeriegelt. Nur die Versorgung der Stadt wurde erlaubt und strikt kontrolliert. In einem zweiten Schritt wurden auch sämtliche weiteren urbanen Zentren Chinas, die mit Wuhan wegen seiner Bedeutung als Drehkreuz innerchinesischen Verkehrs in engem Austausch standen, unter strenge Ausgangsbeschränkungen gestellt. In einem dritten Schritt wurde in der Folge der innerchinesische Fernverkehr nahezu vollständig zum Erliegen gebracht.

Der Regierung kam dabei entgegen, dass während des Chinesischen Neujahrsfestes die Wirtschaft stark eingeschränkt war, da sich die meisten Menschen bei ihren Familien befanden. Mit dem starken Anstieg der Infektionszahlen in der letzten Januarwoche wurde das Neujahrsfest per Dekret der Regierung einfach um 10 Tage bis 10. Februar verlängert und danach faktisch weiter verlängert. Wo immer es möglich war, blieben die Fabriken geschlossen und die Arbeitnehmer wurden in Heimarbeit geschickt.

Die verordneten Ausgangsbeschränkungen hatten dabei eine gänzlich andere Qualität als die am 21. März in der Bundesrepublik Deutschland beschlossenen. Je Wohnung und Familie wurde nur einer Person zugestanden, die Wohnung für Einkäufe zu verlassen. Hierbei war das Tragen eines Mundschutzes und das Messen der Körpertemperatur obligatorisch. Sowohl die eingekauften Lebensmittel als auch die Kleidung wurden nach dem Einkauf desinfiziert. Genauso erfolgte eine strikte Kontrolle und Desinfektion jeglichen verbliebenen öffentlichen Lebens, sei es in Supermärkten oder im öffentlichen Personenverkehr.

Durch die Auswertung von Daten wurden Informationen über das Mobilitätsverhalten aller Bürger gewonnen, was eine automatisierte wie umfassende Überwachung der Menschen ermöglichte. Dies führte einerseits zur Eindämmung der weiteren Ausbreitung, förderte andererseits aber auch die Stigmatisierung vieler Menschen, insbesondere von Menschen aus der Provinz Hubei.

Zusammengefasst lässt sich die Strategie der chinesischen Regierung als Dreiklang aus rigorosen Beschränkungen der individuellen Mobilität, umfassenden Desinfektions- und Hygienemaßnahmen und Kontrolle durch Nutzung ausgefeilter Datensysteme beschreiben.

Dieses Vorgehen wurde von der Kommunistischen Partei Chinas als der große nationale, vaterländische Krieg gegen das Virus inszeniert, zu dem jeder aufrechte Chinese aufgefordert wurde und darin auch seinen persönlichen Beitrag zur Größe der Volksrepublik und des Primats der Partei zu leisten habe. Eine Kommunikationsstrategie, die nun, nachdem die erste Infektionswelle überstanden scheint, spielend umformuliert werden kann, um die Überlegenheit des chinesischen Systems gegenüber den sich offensichtlich in einer Existenzkrise befindlichen Ländern des Westens zu untermauern.

Eine breite öffentliche Diskussion zu einer baldigen Rückkehr in die Zeit nach der Pandemie gibt es in der Volksrepublik China momentan nicht. Bereits seit Bekanntwerden der ersten Fälle einer neuartigen Lungenkrankheit in Wuhan unterliegt dieses Thema einer sehr starken Zensur. Vom Ausbruch der der Lungenkrankheit SARS im Jahr 2002 besteht noch die Erfahrung, dass die Rückkehr zur Normalität damals über ein Jahr gedauert hat. Aufgrund der enormen wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise gibt es jedoch erhebliche Bemühungen, die Wirtschaft wieder vollständig zum Laufen zu bringen. Dies ist zum einen politisch von hoher Bedeutung, zumal die Kommunistische Partei Chinas unter anderem bis zum Jahr 2049 eine bedeutende wirtschaftliche Entwicklung des Landes in Aussicht gestellt hat. Bei einer starken Rezession wäre dieses Wachstumsversprechen stark gefährdet. Weiterhin sind die chinesischen Haushalte, Unternehmen sowie der Staat so stark verschuldet, wie nie zuvor in der jüngeren Geschichte des Landes. Für großangelegte Konjunkturprogramme wie beispielsweise im Nachgang zur Weltfinanzkrise im Jahr 2008 fehlt in der aktuellen Situation daher schlicht und einfach das Geld. Dennoch haben sich die schrecklichen Bilder der überfüllten Krankenhäuser in Wuhan und der damit verbundenen menschlichen Tragödien stark in das kollektive Bewusstsein der Chinesen eingebrannt. Sollte es in einer möglichen zweiten Infektionswelle erneut zu ähnlichen Bildern kommen, würde die politische Führung innenpolitisch enorm unter Druck geraten. In diesem Spannungsverhältnis zwischen dem Schutz der Bevölkerung einerseits und den wirtschaftlichen Zwängen andererseits bewegen sich die aktuellen politischen Überlegungen zu einer Rückkehr zum Normalzustand.

Nach dem starken Rückgang der gemeldeten Neuinfektionen wurden in einem ersten Schritt zunächst die Quarantänemaßnahmen in der am stärksten betroffenen Provinz Hubei teilweise zurückgefahren. Auch landesweit wurden Einschränkungen, beispielsweise in der Bewegungsfreiheit teilweise zurückgenommen und unter strengen Auflagen bestimmte öffentliche Orte (Restaurants, Kinos) wieder geöffnet. Ebenso durften Unternehmen unter sehr strengen Auflagen (strenge Hygienevorschriften, Abstandsvorschriften, Meldepflichten etc.) wieder ihre Arbeit aufnehmen.

Dies wurde allerdings nur möglich, indem landesweit ein intensives Netz an Überwachungs- und Quarantänemaßnahmen eingeführt wurde. Die Teilnahme am öffentlichen Leben ist beispielsweise vielerorts nur noch mit einer Handy-App möglich, die deren Nutzer in Risikokategorien einteilt. Im öffentlichen Raum wird an vielen Orten die Temperatur gemessen und das Tragen von Gesichtsmasken ist obligatorisch. Verdachtsfälle werden frühzeitig in staatlichen Quarantäne-Einrichtungen isoliert und auf falsche Angaben in Gesundheitsfragebögen oder Verletzung der Quarantäne-Auflagen stehen mehrjährige Haftstrafen. Auch das Reisen im Land ist trotz aller Lockerungen teilweise immer noch stark eingeschränkt. Insbesondere die Hauptstadt Peking, die aufgrund der chinesischen Geschichte eine hohe symbolische Bedeutung hat, ist von anderen Provinzen aus nur noch erreichbar, wenn man

zu einer mindestens zweiwöchigen Quarantäne in einer zentralen Quarantäneeinrichtung bereit ist. Aus dem Ausland ist Peking inzwischen nicht mehr per Direktflug erreichbar und auch in der Stadt sind nach wie vor alle Kindergärten, Schulen und Universitäten auf unbestimmte Zeit geschlossen. Bereits bei Verdachtsfällen auf eine Infektion mit dem Corona-Virus reagieren die Behörden mit rigorosen Isolierungs- und Desinfektionsmaßnahmen, um eine zweite Ausbruchswelle zu verhindern.

## Blick auf Peking

*Michael Winzer*

Da Peking als Sitz der wichtigen Parteigremien sowie als Regierungssitz eine enorm wichtige funktionale und symbolische Bedeutung für China hat, wurden unmittelbar nach der Verhängung der Quarantäne-Maßnahmen für die Stadt Wuhan am 23. Januar auch erhebliche Schutzmaßnahmen für die Stadt Peking verhängt. So war es beispielsweise nicht mehr möglich, die Stadtgrenzen mit dem öffentlichen Personennahverkehr zu überschreiten und an allen öffentlichen Einrichtungen wurden Kontrollstellen zur Fiebermessung eingerichtet. Den Nachbarschaftskomitees kam bei der Überwachung der Wohndistrikte und der frühzeitigen Erkennung und Isolierung von Verdachtsfällen eine wesentliche Bedeutung zu.

Aufgrund der bisherigen jüngsten Erfahrungen zur Virus-Prävention, insbesondere erlernt während des Ausbruchs der SARS-Krankheit im Jahr 2002, hat die Bevölkerung Pekings sehr schnell und sehr diszipliniert reagiert. Binnen weniger Tage waren die Straßen nahezu leergefegt und das öffentliche Leben auch ohne behördlich veranlasste Ausgangssperre fast komplett lahmgelegt. Wer dennoch die Wohnung verlassen musste, hat konsequent einen Gesichtsschutz getragen. Hierdurch konnte verhindert werden, dass in der Stadt Peking, mit über 20 Millionen Einwohnern bisher nur 577 bestätigte Krankheitsfälle gemeldet wurden (Stand: 29.3.2020). Von diesen bestätigten Fällen sind 412 bereits genesen und acht Personen verstorben. Über die Aussagekraft dieser offiziellen Zahlen lässt sich natürlich streiten und es ist auch hier von einer Dunkelziffer auszugehen. Dennoch ist es unstrittig, dass Peking es durch frühzeitige Maßnahmen und zahlreiche Tests geschafft hat, einen großen Ausbruch der Krankheit in der Stadt zu verhindern.

Obwohl zwischenzeitlich wieder mehr Leben in den öffentlichen Raum zurückgekehrt ist und unter strengen Restriktionen und Auflagen sogar schon wieder einige Restaurants geöffnet haben, wurden in Peking wohlweislich weitere Maßnahmen zur Verhinderung einer größeren Virus-Welle ergriffen. Die staatliche Überwachung, unter anderem mithilfe von Handy-Apps wurde massiv ausgebaut und es wurde ein System frühzeitiger Isolation und Quarantäne bei Verdachts- und Risikofällen eingeführt. Aufgrund der hohen symbolischen Bedeutung Pekings sind hier die Maßnahmen deutlich strenger als in anderen Landesteilen. Während beispielsweise andere chinesische Großstädte aus dem Ausland noch direkt angefliegen worden sind, sind die Flüge nach Peking zunächst in andere chinesische Städte umgeleitet worden. Nur wer dort umfangreiche Gesundheitstests bestanden hat, durfte weiter nach Peking fliegen. Dadurch sollte verhindert werden, dass Risikopersonen die Hauptstadt erreichen, um die Fallzahlen dort so niedrig wie möglich zu halten.

Es ist davon auszugehen, dass die Maßnahmen gegen die Ausbreitung des Virus in Peking noch lange aufrechterhalten bleiben. Obwohl es nach Schätzungen bereits gelungen ist, die Wirtschaft wieder auf 80 Prozent des Vorkrisenniveaus heraufzufahren, ist Peking noch weit von der Normalität und dem Lebensgefühl vor der Krise entfernt.

## Blick auf Shanghai

*Matthias Schäfer, Dr. Chengzang Zhuang*

Nach offiziellen Angaben der chinesischen Führung ist die Covid-19-Pandemie in China grundsätzlich unter Kontrolle, und bisher gibt es keine neuen Verdachtsfälle oder bestätigte Fälle in Shanghai. Dies bedeutet jedoch nicht, dass die Pandemie überstanden ist. Bis zum 27. März wurden kumulativ über 600 Fälle aus dem Ausland einreisender Personen bestätigt. Am internationalen Flughafen in Shanghai wurden die Zoll- und Einwanderungsbehörden verstärkt. Gegenwärtig sind 8.000 Einreisende in zentralisierte 14-tägige Quarantäne in 18 Hotels in Shanghai untergebracht. Jeder bekommt auf eigene Kosten ein eigenes Zimmer, die Kinder bleiben bei einem Elternteil. Die medizinische und logistische Betreuung während der zentralisierten Quarantäne soll grundsätzlich ein Verhältnis von 1:1 erreichen. Daher haben einige Krankenhäuser aus den benachbarten Provinzen Jiangsu und Zhejiang medizinisches Personal nach Shanghai geschickt, um die Quarantäne-Maßnahmen zu unterstützen.

Diese strenge Handhabung verdeutlicht, dass die Stadtregierung in Shanghai davon ausgeht, dass das Ende der globalen Gesundheitskrise in diesem Sommer noch nicht erreicht ist und die Wahrscheinlichkeit eines weiteren Ausbruchs in China in diesem Winter hoch ist. Der Anteil asymptomatischer Patienten wird zunehmen, so dass die Shanghaier Einwanderungsbehörde die Erhöhung der Nukleinsäuretests und der 14-tägigen zentralisierten Quarantäne für alle Einreisende weiterhin als Strategie anwenden wird.

Als Reaktion auf die zunehmende Ausbreitung des Corona-Virus schlugen Experten Mitte Januar vor, dass die Zentralregierung und die Provinzregierung von Hubei einschneidende Maßnahmen zur Schließung von Wuhan und der Provinz Hubei ergreifen sollten. Einer der Gründe war, dass sie hofften, die Epidemie innerhalb Chinas innerhalb von drei bis fünf Monaten unter Kontrolle zu bringen. Wirtschaftlich sollten die bestehenden Überkapazitäten insbesondere in den Metropolregionen wie Shanghai helfen, eine Durststrecke bis Mitte Februar zu überbrücken.

Jedoch durchkreuzen die seit Mitte Februar zunehmende weltweite Verbreitung des Coronavirus, der damit verbundene Nachfrageausfall in der chinesischen Fertigungsindustrie sowie der Zusammenbruch der globalen Logistik diese Strategie der wirtschaftlichen Erholung. Die lokalen Regierungen wie in Shanghai versuchen seitdem, den ansässigen kleinen und mittelständischen Unternehmen zu helfen. Die dafür zur Verfügung gestellten Mittel sind aktuell nicht zu beziffern.

Bis zum 27. März erreichte das Aktivitätsvolumen in Shanghai in den Bereichen Landwirtschaft, Lebensmittel, Handel und Unternehmertätigkeit bereits wieder mehr als 95% der Niveaus vor der Krise. Der Umsatz lag dabei teilweise über dem Niveau des Vorjahreszeitraums. Auch die Mobilitätsbeschränkungen in Shanghai und der nahen Yangtse-Delta Region wurden inzwischen aufgehoben. So wurden ab dem 15. März wieder einige Verbindungen zwischen den Provinzen von Shanghai nach Jiangsu, Zhejiang und Anhui aufgenommen. Seit dem 28. März hat Shanghai die Pandemie-Inspektionen an den Grenzübergängen der Provinzen abgeschafft. Der öffentliche Verkehr in der Stadt wird jedoch immer noch auf etwa 50 Prozent des normalen Verkehrs reduziert, um eine Überlastung zu vermeiden. Die aktuellen Prioritäten der Shanghaier Behörden sind: das Testen asymptomatischer Personen, Maßnahmen gegen eine mögliche Arbeitslosenwelle und das zunehmende Risiko neuer Infektionen durch aus dem Ausland zurückkehrender Chinesen.

Um die Rückkehr in die Normalität einzuleiten und den wirtschaftlichen Betrieb wieder aufzunehmen wurden in verschiedenen Provinzen, in denen Arbeitskräfte benötigt werden, wie z. B. in verschiedenen Staatsregierungen unterhalb der an Shanghai angrenzenden Provinz Zhejiang, seit Anfang März Charterflüge eingesetzt, um Arbeiter aus Gebieten mit geringem Risiko wie der Provinz Sichuan nach Zhejiang zu bringen.

Eine große Herausforderung besteht aktuell darin, den Studierenden (im Juli sollen 8,4 Millionen Studenten chinaweit ihr Studium abschließen) den Zugang zur Universität zu ermöglichen und ihnen im Anschluss einen Arbeitsplatz anzubieten (dies wird in China als Aufgabe der Universität verstanden). Um hier für eine Entlastung des Arbeitsmarktes zu sorgen, beschloss der Staatsrat, die Zahl der Doktoranden deutlich zu erhöhen. Die Universitäten wurden verpflichtet, sich um möglicherweise arbeitslose Absolventen zu kümmern. Die lokalen Regierungen organisieren auch aktiv „Cloud-Jobmessen“, um die Nachfrage und das Angebot online zusammen zu bringen.

Eine weitere Maßnahme, die die Rückkehr in die Zeit nach der Pandemie einleiten soll ist die Verpflichtung von lokalen Wohnungsgesellschaften, gewerblichen Mietern (insb. KMU) die Mieten für zwei bis drei Monate zu erlassen. Und die lokalen Geschäftsbanken haben die Kreditbedienung um zwei bis drei Monate verschoben.

## Einschätzungen aus Hongkong

*Dr. Christian Hübner*

In der chinesischen Sonderverwaltungszone Hongkong konnte sich das Coronavirus SARS-CoV-2 bisher nicht so schnell ausbreiten wie in anderen Regionen der Welt. Allerdings ist auch hier jüngst ein drastischer Anstieg der Infektionszahlen zu beobachten, der durchaus Anlass zur Sorge gibt.

In Hongkong sind bereits Ende Januar 2020 erste importierte Fälle aus Festlandchina aufgetaucht. Die Zahl der Infizierten stieg im Anschluss bis Mitte März sehr langsam auf insgesamt ca. 165 Fälle. Aufgrund des langsamen Anstiegs der Infizierten, stieg auch etwas zeitversetzt die Anzahl der Genesenen. Zwischenzeitlich gab es sogar die Situation, dass die Anzahl der Genesenen höher lag als die Zunahme der Neuerkrankten. Am Corona-Virus sind in Hongkong bisher vier Personen gestorben (Stand 30.03.2020).

Ab Mitte März setzte eine Trendwende ein: in kürzester Zeit stieg die Zahl der Infizierten auf 765 drastisch an, eine Entwicklung, die bis heute anhält. Ein weiterer starker Anstieg ist laut Experten zu erwarten. Diese neue Situation ist vor allem auf die Rückkehr vieler Hongkonger, u.a. Studenten, Touristen und Geschäftsleute aber auch Expats, in die Stadt aufgrund der nun weltweiten Pandemie zurückzuführen. Es handelt sich also vor allem um importierte Fälle, die diesen Anstieg erklären. Aber auch lokale Infektionsausbrüche sind neu dazugekommen. Die Gesundheitsbehörden beginnen vor diesem Hintergrund gegenwärtig, ihre Kapazitäten zur Isolation und Behandlung von COVID19-Erkrankten auszuweiten.

Bereits kurz nachdem die ersten Fälle in Hongkong aufgetreten sind, hat die Stadtregierung weitreichende Maßnahmen ergriffen. Schon Ende Januar/Anfang Februar und quasi als Verlängerung des chinesischen Neujahrsfestes wurden erste Verordnungen erlassen, um die Verbreitung, der noch sehr niedrigen Fallzahlen in Hongkong zu stoppen. Dazu zählten die Schließung von Kindergärten, Schulen, Universitäten, Freizeitparks und öffentlichen Einrichtungen wie Museen. Der öffentliche Dienst wurde, wo möglich, ins Home Office geschickt. Die Privatwirtschaft folgte dieser Empfehlung, wenn es möglich war. Zugleich nahm die ohnehin große Anzahl der Hongkonger, die Schutzmasken tragen, noch einmal erheblich zu. Die Einreisekontrollen wurden verstärkt und frühzeitig Einreisesperren aus Risikogebieten ausgesprochen. Die öffentliche Wahrnehmung zu diesen Maßnahmen war durchwachsen. Einigen Bewohnern gingen diese Maßnahmen jedoch nicht weit genug. So gab es sogar einen Krankenschwesternstreik, der die sofortige Schließung aller Grenzübergänge zu Festlandchina forderte, um weitere importierte Krankheitsfälle zu unterbinden.

Die Maßnahmen zur Eindämmung der ersten COVID19-Welle waren restriktiv, würgten die Hongkonger Wirtschaft aber nicht komplett ab. So waren u. a. Einkaufszentren, Restaurants und Märkte weiterhin



offen. Ein- und Ausreisen waren weiterhin, sofern keine Risikogebiete involviert waren, möglich. Dessen ungeachtet hat sich die Konsumnachfrage nach Dienstleistungen und Produkten aller Art in dieser Zeit erheblich reduziert, da viele Menschen zu Hause blieben. Die ökonomischen Auswirkungen waren erheblich. Insgesamt hat sich aber gezeigt, dass Hongkong die erste COVID19-Welle relativ gut überstanden hat und eine Verbreitung des Virus weitestgehend unterbunden werden konnte.

Eine wichtige Rolle spielte hierbei die Erfahrung der Stadt im Umgang mit Pandemien. Vielen Hongkongern flößt die Erinnerung an die SARS-Pandemie von 2002/2003 immer noch viel Angst ein. Die Ärzte, die damals den Krankheitsausbruch bekämpft haben und heute auch in der Öffentlichkeit als Experten auftreten, genießen bei den Hongkongern großes Vertrauen. Es herrscht deshalb eine breite gesellschaftliche Sensibilität für Infektionskrankheiten, in deren Folge ein allgemein hohes Hygieneniveau im Alltag in Form regelmäßigen Händewaschens und dem Tragen von Masken u. a. in den immer sehr dicht gefüllten U-Bahnen zu beobachten ist.

Die Eindämmungsmaßnahmen wurden Anfang März langsam zurückgefahren, nachdem die Anzahl der Neuinfektionen relativ konstant und gering blieb. In der Folge wurde u.a. das Home Office für den öffentlichen Dienst aufgehoben. Dies änderte sich jedoch schlagartig als die importierten Fälle seit Mitte März rasant zu steigen begannen. Die Stadtregierung beschloss vor diesem Hintergrund, die Einreise in die Sonderverwaltungszone noch stärker zu kontrollieren und einzuschränken. Aktuell dürfen nur noch Hongkonger sowie Hongkong Residents einreisen. Alle müssen eine 14-tägige Quarantäne antreten. Die Sicherstellung der Einhaltung der heimischen oder in Hotel zu verbringender Quarantäne erfolgt über ein digitales System und wird streng geahndet, wenn dem zuwidergehandelt werden sollte. Es droht neben einer Geldstrafe eine Haftstrafe von bis zu sechs Monaten.

Neben den Einreisebeschränkungen zur Kontrolle der importierten Fälle hat die Stadtregierung erneut den Öffentlichen Dienst für mindestens 14 Tage ins Home Office geschickt. Der Privatwirtschaft wurde empfohlen, dem zu folgen. Zudem sind nun auch Treffen für Gruppen in öffentlichen Räumen (Parks, Restaurants etc.) auf vier Personen beschränkt; Arbeitsstätten und andere Bereiche sind davon jedoch ausgenommen. Schulen, Kindergärten und Universitäten, die nach Ostern wieder öffnen sollten, rechnen nicht mehr damit. Hinzu kommt, dass in vielen Wohnkomplexen, Einkaufszentren und Arbeitsstätten Fiebermesskontrollen aufgebaut wurden. Den zuständigen Behörden machen vor allem diejenigen Personen Sorgen, die kurz vor der Einführung der obligatorischen Quarantäne bei Einreise (am 19. März) noch nach Hongkong kamen und womöglich unerkannte Infizierte sind. Aber auch lokale Infektionsausbrüche, die ihren Ausgang u. a. bei einer Hochzeitsfeier und in einem bekannten Partyviertel haben, bereiten Anlass zur Sorge. Es hat sich gezeigt, dass nach der ersten Welle eine gewisse Nachlässigkeit eintrat, die nun die zweite Welle verstärkt. Inwieweit die neuen Maßnahmen ausreichen, um die zweite Welle abzufangen, bleibt abzuwarten.

Während der ersten Infektionswelle kam es zwischenzeitlich aufgrund von Fake News in den Sozialen Medien zu Hamsterkäufen, die neben Grundnahrungsmitteln auch Hygieneartikel betrafen. Allerdings konnte das schnell überwunden werden, so dass es keine wirklichen anhaltenden Versorgungsengpässe gab. Eine Ausnahme bilden dabei allerdings Schutzmasken. Am heftigsten von der Krise betroffen ist der ohnehin durch die Proteste im vergangenen Jahr angeschlagene Tourismussektor (Hotels, Freizeitparks etc.) sowie die allgemeinen Dienstleistungen vor allem im Gastronomiebereich. Vor allem die zuletzt verordneten Kontaktsperren stellen für Restaurants Hürden dar, da u.a. auch sehr konkrete Abstandsregelungen eingehalten werden müssen, denen viele Gastronomiebetreiber aufgrund enger Räumlichkeiten nicht gerecht werden können. Auch der für Hongkong besonders wichtige Immobiliensektor ist von den Maßnahmen betroffen. Leer stehende Büros sind mittlerweile oft zu beobachten. Hinzukommen unbezahlte Freistellungen, geringere Löhne und steigende Arbeitslosigkeit.

Die Hongkonger Stadtregierung begegnet den ökonomischen Auswirkungen mit erheblichen finanziellen Mitteln. So erhalten alle erwachsenen Hongkonger zunächst 10.000 Hongkong Dollar (ca. 1.560 Euro) als Einmalzahlung.

Dazu kommen u. a. Steuererleichterungen, Unterstützungen für Banken und Versicherungen, Subventionen zur Verringerung von Stromrechnungen, günstige Kredite für kleinere und mittelständische Unternehmen. Allein der von der Regierung eingesetzte „Anti-epidemic Fund“ soll 30 Milliarden USD umfassen. Die Listen der finanziellen Maßnahmen zur Unterstützung der Hongkonger Wirtschaft und zur Abfederung der wirtschaftlichen Konsequenzen der Pandemie sind lang und vielfältig.

Ob diese reichen werden, um der bereits durch die Proteste des vergangenen Jahres angeschlagenen lokalen Wirtschaft zu helfen, muss sich erst noch zeigen. Hongkonger Ökonomen und die zuständigen Finanzbehörden gehen mittlerweile davon aus, dass der COVID19-Pandemie keine schnelle Erholung wie bei der SARS-Pandemie folgen wird.

## Einschätzungen aus Japan

*Rabea Brauer*

Japan erlebte einen vergleichsweise milden Verlauf der Infektionen und wähnte sich in solcher Sicherheit, dass auch die Durchführung der Olympischen Spiele im Sommer in Tokio möglich schien. Ende Februar wurden überraschenderweise und sehr plötzlich die Schulen geschlossen – ein Schritt der in keinem Verhältnis zu den offiziell kommunizierten Zahlen stand und Eltern vor enorme Probleme stellte. Mitnichten konnten alle Firmen dem Aufruf zu Home Office folgen. Lediglich ein Bruchteil der Industrie war in der Lage, ihre Angestellten nach Hause zu schicken. Somit blieben die Bahnen voll und die Zahl der Infizierten stagnierte bei 1.000, wovon 700 auf dem Kreuzfahrtschiff Diamond Princess vor Yokohama festsaßen. Mit dem Beginn der Kirschblüte strömten Tokios Einwohner in ihre Parks, gleichwohl wurden die berühmten Hanami-Feiern verboten, wie auch sämtliche Großveranstaltungen seit März ausgesetzt sind. Mit der steigenden Unsicherheit beurteilte Japans Bevölkerung die Ausrichtung der Olympischen Spiele zunehmend kritisch und nicht Wenige vermuten, dass die schleppende Kommunikation zu COVID-19 eng mit der Hoffnung auf Tokio 2020 zusammenhing. Am 25. März wurde schließlich bekanntgegeben, dass die Spiele um ein Jahr verschoben werden. Schlagartig änderte sich die Lesart der Krise: aus „unter Kontrolle“ wurde „ausufernd“. Seit dem 28. März ist eine Ausgangssperre angeordnet, die Supermärkte sind leergekauft und Tokio erlebt einen täglichen Anstieg von 40-70 Infizierten. Knapp 1.400 offizielle Patienten sind bis dato gemeldet, allerdings wird erst seit diesen Tagen umfangreicher getestet. Tokio entwickelt sich zum Zentrum der Infektion, ein Ende ist nicht abzusehen. Mitnichten ist Japan – wie gerne spekuliert – glimpflich durch die Krise gekommen: sie fängt gerade erst an.

Die Schulen werden zunächst bis Mitte April geschlossen bleiben, vermutlich sogar bis Anfang Mai. Die Firmen sind mit Nachdruck aufgefordert, ihre Angestellten ins Home Office zu schicken, viele Büros sind tatsächlich geschlossen. Es geht in erster Linie darum, den berüchtigten Berufsverkehr auszudünnen. Die übervollen Bahnen gelten trotz der – seit Februar ausverkauften – Schutzmasken als Infektionsherd. Restaurants werden nun schließen, einzelne Läden ebenso. Tokios berühmte Kirschblütenparks sind umstrittenes Terrain, denn der bis dato sanften Anweisung, Menschenmengen zu vermeiden, ist in Zeiten der Sakura niemand wirklich nachgekommen. Inzwischen betreffen die Auswirkungen auch den Flugverkehr: Die Lufthansa hat vorerst alle ihre Flüge von und nach Japan eingestellt. Es gibt nur noch sehr wenige kommerzielle Flüge pro Woche nach Europa und auch das kann sich jederzeit ändern.

Das sind die unmittelbaren Einschnitte, die jeder Japaner in diesen Tagen besorgt spürt. Viel einschneidender werden jedoch die ökonomischen Auswirkungen sein. Japans Wirtschaft ist im Dauerstress: das Dezember-Konjunkturpaket für den Taifun und die Mehrwertsteuererhöhung, die

aktuellen starken Handels- und Tourismuseinbrüche, dazu die wirtschaftlich verheerenden Folgen der Absage der Olympiade – es braucht nicht viel, die Rezession vorherzusagen. Premierminister Abe selbst spricht von deutlich größeren Einbußen als zu Zeiten der Finanzkrise 2008. Das Kabinett hat in den letzten Tagen ein nächstes milliardenschweres Konjunkturpaket auf den Weg gebracht, aber es wird nicht reichen.

Nicht nur aus Angst vor der drohenden Rezession wünscht sich jeder eine schnelle Rückkehr in den Normalzustand, dabei steht Japan vermutlich erst am Beginn eines größeren Ausbruchs. Die Regierung spekuliert – bei Einhaltung aller Maßnahmen und der eventuellen Ausrufung des Notstands – auf eine Besserung der Lage Ende April. In seiner Pressekonferenz am 28. März äußerte Abe die Hoffnung, den Peak in zwei Wochen erreicht zu haben. Das Gesundheitssystem ist mutmaßlich gut gerüstet, wo aber dessen Grenzen liegen, kann niemand beziffern. Die Ärzte äußern die Sorge, dass die Krankenhäuser dem befürchteten massiven Anstieg nicht standhalten können.

Dennoch, bei aller Sorge um die aktuellen Entwicklungen, hat Japan im Vergleich zu Europa sehr viel weniger Infizierte und bis heute deutlich weniger Opfer zu beklagen. Die Regierung hat schon früh Empfehlungen ausgesprochen und auch mit den aktuellen drastischen Maßnahmen hofft man noch, einer starken Infektionswelle zu entkommen. Generell gelten in Japan ein Abstandsgebot (keine Umarmungen, kein Händedruck) und ein hoher Hygienestandard: diszipliniertes Händewaschen ist Routine. Allein das, zuzüglich zu der japaneigenen Krisenresilienz und den gemachten Erfahrungen aus den SARS-Zeiten, wird geholfen haben, die Infektionen bis heute relativ niedrig zu halten.

## Einschätzungen aus Singapur

*Christian Echle*

In Singapur ist der Höhepunkt der Corona-Krise noch nicht überschritten. Der erste Fall einer Infektion mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 wurde im Stadtstaat bereits am 23. Januar festgestellt, bei einem Touristen aus Wuhan. Einen Monat später, am 23. Februar, gab es dank der sehr guten Verfolgung von Kontakten und entsprechenden Quarantäne-Vorschriften immer noch erst 89 Fälle unter den gut 5,6 Millionen Einwohnern. Einen stärkeren Anstieg der Infektionszahlen gibt es erst, seit sich Corona auch in Europa und dem Rest der Welt verbreitet. Zwischen dem 5. und dem 29. März ist die Zahl der Patienten in Singapur von 117 auf 844 hochgeschwollen, mit zahlreichen aus dem Ausland importierten Fällen. Zwar hat sich das Land seit dem 23. März nahezu hermetisch gegen Besucher von außen abgeriegelt, viele Infektionsfälle kommen aber weiterhin durch zur Rückkehr berechnete Singapurische Staatsbürger ins Land – insbesondere Studenten aus den USA und Großbritannien. Die Regierung geht daher davon aus, dass es noch Wochen bis Monate dauert, bevor der Höhepunkt der Krise überschritten ist.

Die Regierung in Singapur geht die Bekämpfung der Corona-Krise so an wie sie im Prinzip alle Probleme angeht: Mit sehr genauem Blick auf die Statistiken sowie Regeln und Anpassungen, die in ihrer Detailliertheit so teilweise nur in einem Stadtstaat möglich sind. Das Krisenmanagement zeichnet sich seit dem ersten Fall Ende Januar durch sofortiges und detailliertes Clustern und Rekonstruieren von Kontakt- und Infektionsketten und dem konsequenten Isolieren von Patienten und Kontaktpersonen aus. Hinzu kommen umfangreiches Testen und moderne, schnelle und transparente Kommunikation. Eine Ausgangssperre konnte in Singapur auf diese Weise bisher vermieden werden.

Das öffentliche Leben ist daher auch noch nicht zum Erliegen gekommen, allerdings werden schrittweise Einschränkungen eingeführt. So sind alle Firmen angehalten, ihren Mitarbeitern das Arbeiten von zu Hause aus zu ermöglichen. Seit dem 27. März sind alle Bars, Clubs, Kinos und sonstigen Unterhaltungseinrichtungen geschlossen, Restaurants und Geschäfte haben dagegen weiterhin

geöffnet. In öffentlichen Gebäuden, auf Plätzen, in Gaststätten oder Supermärkten ist ein Sicherheitsabstand einzuhalten (in Geschäften gilt, dass sich pro 16 Quadratmeter eine Person aufhalten darf). An vielen Orten werden Abstandsbegrenzungen auf dem Boden, Sitzen und Tischen markiert. Allgemein gilt, dass sich Gruppen bis zu einer Größe von zehn Personen noch treffen dürfen.

Äußerst strenge Vorgaben gelten hingegen für diejenigen, die von Auslandsreisen zurückkehren, da sich die Fallzahlen innerhalb einer Woche hauptsächlich durch aus dem Ausland „importierte“ Fälle vervielfacht haben. Ebenso wie Kontaktpersonen von Infizierten, dürfen alle Rückkehrer ihre Wohnung 14 Tage lang nicht verlassen. 38.000 Personen (Stand 25.3.) befinden sich derzeit in dieser Isolation. Verstöße gegen die Auflagen werden mit hohen Geldstrafen, Entzug der Arbeitserlaubnis oder sogar Gefängnis geahndet. Noch einen Schritt weiter gehen die Maßnahmen für Bürger, die dieser Tage aus den USA und England heimkehren: sie werden direkt vom Flughafen zur Isolation in dafür umfunktionierte Hotels gebracht, um jeglichen Kontakt mit der restlichen Bevölkerung und auch Familienmitgliedern zu verhindern.

Ein weiterer Schwerpunkt der Maßnahmen liegt auf sehr strikten Einreisebestimmungen. Selbst in Singapur lebenden und arbeitenden Ausländern mit gültiger Arbeitserlaubnis wird derzeit eine Wiedereinreise nach Singapur verwehrt, wenn diese nicht in für Singapur essentiellen Bereichen tätig sind. All dies hat zur Folge, dass es immer noch vergleichsweise wenige Fälle im Land gibt, bei denen sich die Infektionskette nicht nachvollziehen lässt. Am 29. März war dies beispielsweise nur bei zehn von 42 bekannt gewordenen Neuinfektionen der Fall.

Die Wirtschaft in Singapur ist einer ersten groben Schätzung zufolge im ersten Quartal 2020 im Vergleich zum Vorjahr um 2,2 Prozent geschrumpft. Für das Jahr 2020 wird nun mit einem Verlust zwischen -4 Prozent und -1 Prozent gerechnet. Am stärksten betroffen war im ersten Quartal der Bausektor (-23 Prozent im Vergleich zum Vorjahresquartal), da durch die Reisebeschränkungen viele der Arbeiter nicht einreisen konnten. Bei den Dienstleistungen (-15 Prozent im Vergleich zum Vorjahresquartal) sind besonders die Bereiche Tourismus, Einzelhandel, Gastronomie und Luftfahrt betroffen. Im Februar lag die Inflationsrate bei -0,1 Prozent, die erste Deflation der Dekade.

Um den wirtschaftlichen Einbußen zu begegnen, kündigte der Finanzminister Maßnahmenpakete in Höhe von insgesamt 55 Milliarden SGD an (ca. 34 Mrd. EUR), das entspricht 11 Prozent des singapurischen Bruttoinlandsprodukts. Der Großteil wird auf die Unterstützung von Arbeitnehmern entfallen. So sollen Gehaltszahlungen für Angestellte im Bereich Tourismus und Luftfahrt von bis zu 75 Prozent des Gehalts (gilt für Gehälter bis 3.000 EUR) gezahlt werden. Auch für Selbstständige gibt es Unterstützungszahlungen. Eine Art soziales Sicherheitsnetz wird ebenfalls aufgelegt: Geringverdienern, die im Zuge der Krise ihre Arbeit verlieren, werden drei Monate lang 550 EUR pro Monat gezahlt.

Als internationale Drehscheibe legt Singapur zudem ein separates Luftfahrt-Unterstützungspaket in Höhe von 350 Mio. SGD (ca. 220 Mio. EUR) auf, um Rabatte auf Lande- und Parkgebühren sowie Mietentlastungen für Fluggesellschaften, Bodenabfertiger und Frachtunternehmen zu finanzieren. Weitere Maßnahmen um den Cashflow für Unternehmen zu erleichtern sind beispielsweise eine Stundung der Einkommensteuerzahlungen für Unternehmen und Selbstständige für drei Monate. Ebenso gibt es Grundsteuernachlässe und Mietrabatte für besonders betroffene Unternehmen. Durch die Maßnahmen wird das Haushaltsdefizit für das Haushaltsjahr 2020 auf 7,9 Prozent des BIP angehoben. Alle politischen Amtsträger nehmen zudem eine dreimonatige Gehaltskürzung vor, um Solidarität mit der übrigen Bevölkerung zu zeigen.

Die Frage nach der Rückkehr zum Normalzustand nimmt in der öffentlichen Diskussion in Singapur derzeit sehr wenig Raum ein. Die sehr ruhige und besonnene Kommunikation der Regierung zielt eher darauf ab, den Menschen zu vermitteln, dass diese Krise noch mindestens zwölf bis 18 Monate dauern wird, ehe mit einem Impfstoff hoffentlich für eine Verbesserung der Situation gesorgt werden kann. Zugleich kann sich die Bevölkerung bisher darauf verlassen, dass alle Regeln zur Einschränkung des

öffentlichen Lebens recht passgenau zugeschnitten sind und auch so regelmäßig evaluiert werden, dass bei einer Verminderung der täglich gemeldeten Fallzahlen sicherlich auch einige dieser Einschränkungen wieder aufgehoben werden würden. Insgesamt ist es im Vergleich zu Deutschland deutlich, dass die immer noch geöffneten Schulen, das noch nicht gesetzlich angeordnete Home Office sowie die Einschränkung der Kontakte nur bei Gruppen über zehn Personen dazu beitragen, dass der Leidensdruck innerhalb der Bevölkerung nicht allzu hoch ist. Demnach gibt es auch weniger Bedürfnis danach, über das Licht am Ende des Tunnels zu sprechen. Im Gegenteil befürchten viele im Land, dass die Einschränkungen erst einmal noch restriktiver werden und die Schulen doch noch schließen müssen, wenn die Zahl der nicht verfolgbaren Ansteckungen weiter wächst.

Dennoch ist es auffällig, dass zumindest einige der wirtschaftlichen Entlastungsmaßnahmen einen Schwerpunkt für das kommende Quartal haben. Daraus ließe sich schlussfolgern, dass die Regierung in Singapur zumindest auf eine leichte Entspannung der Lage ab Ende Juni hofft. In der öffentlichen Kommunikation obliegt es dem Finanzminister und designierten nächsten Premierminister Heng Swee Keat, eine gewisse Zuversicht auszustrahlen, insbesondere in Bezug auf Singapurs wirtschaftliche Stärke. Auch wenn das Virus temporär für weniger Investitionen aus dem Ausland Sorge, so ändere sich an der grundlegenden Attraktivität des Landes für solche Investitionen nichts, sagte Heng am Montag. Kurz zuvor hatte sich allerdings der amtierende Premierminister Lee Hsien Loong bei einem CNN-Interview mit einer insgesamt skeptischen Perspektive zu Wort gemeldet. Auf die Rückkehr zur Normalität angesprochen sagte er: „Ich glaube das wird nicht geschehen bis die Menschen wirklich darauf vertrauen können, das Virus im Griff zu haben. Eine Rückkehr zu normalem Sozialleben, normalem Reisen, normalen menschlichen Interaktionen liegen aus meiner Sicht momentan in weiter Ferne.“

## Einschätzungen aus Südkorea

*Stefan Samse, Anna Schiller*

Am 20. Januar 2020 informierten die „Korea Centers for Disease Control & Prevention“ (KCDC), das für das öffentliche Gesundheitswesen zuständige Institut des südkoreanischen Gesundheitsministeriums, die Öffentlichkeit über den ersten Corona-Fall in Südkorea. Es handelte sich dabei um eine chinesische Reisende aus der Stadt Wuhan. Mitte Februar verschärfte sich die Lage: Die 31. bestätigte Erkrankte gilt als sogenannter „Super Spreader“. Die KCDC gehen davon aus, dass die Patientin im Rahmen eines Gottesdienstes einer christlichen Sekte in Daegu den dortigen lokalen Ausbruch zu diesem Zeitpunkt exponentiell beschleunigt hat.

Der Höhepunkt der Ausbreitung des neuartigen Coronavirus scheint in den südkoreanischen Risikogebieten, der Stadt Daegu und der Provinz Gyeongbuk-do, mittlerweile erreicht zu sein. Die Zahl der täglichen Neuinfizierungen steigt hier nicht mehr exponentiell – die „Kurve ist abgeflacht“. Die Stadt Daegu verzeichnet 6704, die Provinz Gyeongbuk-do 1.302 der insgesamt 9.887 Corona-Fälle in Südkorea (Stand 01.04. 2020). Seit dem 12.03.2020 liegt die Zahl der registrierten Neuinfektionen landesweit täglich bei rund 100 Fällen – circa ein Viertel der Neuerkrankungen entfällt noch auf die beiden Risikogebiete. Die koreanischen Behörden warnen nun vor der Bildung neuer Cluster, lokaler Häufungen von Infizierungen, in der Hauptstadt Seoul und der umliegenden Provinz Gyeonggi-do. So ist beispielsweise knapp ein Drittel der in Seoul registrierten Erkrankungen auf eine Infektionsserie in einem Callcenter zurückzuführen. Die Mehrzahl der in den vergangenen Tagen entdeckten Krankheitsfälle wurde jedoch aus dem Ausland „importiert“. Im Rahmen der verschärften Einreisekontrollen, die für Einreisende aus dem Ausland verpflichtende Corona-Tests und eine 14-tägige Quarantäne vorsehen, werden diese Fälle zumeist bereits am Flughafen registriert.

Die vergleichsweise erfolgreiche Eindämmung der Ausbreitung des Coronavirus SARS-CoV-2 in Südkorea ist auf drei Hauptursachen zurückzuführen.

Die südkoreanischen Behörden haben bereits im frühen Stadium der lokalen Clusterbildung in Daegu und Gyeonbuk-do schnell und besonnen reagiert. Basierend auf den Erfahrungen mit vergangenen Pandemien, wie beispielsweise MERS, setzten die Behörden von Anfang an auf eine hohe Testfrequenz. Als sich ein erstes Cluster innerhalb einer christlichen Sekte in Daegu bildete, wurden ausnahmslos alle Mitglieder auf eine Infektion mit dem Coronavirus getestet. Im Zeitraum vom 3. Januar bis zum 1. April 2020 wurden insgesamt mehr als 421.500 Tests durchgeführt.

Auch kulturelle Faktoren, insbesondere eine höhere Bereitschaft innerhalb der südkoreanischen Bevölkerung, sich an die Maßnahmen der Regierung zu halten, beeinflussen den Verlauf der Pandemie vor Ort positiv. Die Regierung von Präsident Moon Jae-In hat landesweit auf Ausgangsperren verzichtet. Stattdessen setzt man in Südkorea auf das Mitwirken jedes Einzelnen. Seit Beginn der Pandemie tragen praktisch alle Menschen im öffentlichen Raum Atemschutzmasken – denn, so der Gedanke dahinter, wenn alle eine Maske tragen, dann auch jene, die unbemerkt an COVID-19 erkrankt sind. Besonders in den überfüllten Bussen und U-Bahnen der Hauptstadt konnte das Ansteckungsrisiko so minimiert werden. Um den öffentlichen Nahverkehr insbesondere in den Stoßzeiten zu entlasten, haben viele Unternehmen flexiblere Arbeitszeiten eingeführt. Einige haben ihre Mitarbeiter sogar aufgefordert, aus dem Home Office zu arbeiten. Im von einer Präsenzkultur geprägten koreanischen Arbeitsleben ist dies ein absolutes Novum. Im Zuge der Maßnahmen sind auch Schulen und Universitäten seit dem 2. März geschlossen. Eine Wiederaufnahme des regulären Lehrbetriebes wurde zunächst für den 6. April geplant. Bis dahin bieten einige Lehrinrichtungen Online-Kurse an.

Darüber hinaus trägt Südkoreas digitale Infrastruktur zur Eindämmung des Virus bei. Die Gesundheitsbehörden rekonstruieren die Kontakte und das Bewegungsmuster eines jeden Infizierten basierend auf Angaben der betroffenen Person, durch Tracking des bargeldlosen Zahlungsverkehrs und der mobilen Daten sowie durch das Abgleichen der Aufnahmen von Überwachungskameras. Personen, die mit einem Infizierten in direktem Kontakt standen, werden von den Behörden informiert und müssen sich auf eine Ansteckung testen lassen. Alle weiteren Personen, die sich in der Nähe eines Aufenthaltsortes eines Erkrankten befinden, werden über einen Sicherheitshinweis auf ihrem Handy auf den neuen Infektionsfall hingewiesen. Das genaue Bewegungsprofil der Erkrankten ist über eine App und die Homepages der lokalen Bürgerbüros abrufbar. Die rechtliche Grundlage für dieses Vorgehen wurde als Reaktion auf den Ausbruch der MERS-Epidemie 2015 geschaffen.

Der von Präsident Moon Jae-In Mitte März gegründete Emergency Economic Council hat am 24. März ein Stabilitätsprogramm in Höhe von 100 Billionen Koreanischen Won (rund 74,5 Mrd. Euro) vorgeschlagen. Der Council wurde gegründet, um Maßnahmen zum Umgang mit den wirtschaftlichen Folgen der Pandemie zu erarbeiten und besteht aus Vertretern involvierter Ministerien, der Zentralbank und weiterer Wirtschaftsverbände. Das Finanzpaket sieht finanzielle Hilfen insbesondere für kleine und mittelständische Unternehmen vor. Zudem soll ein im Programm enthaltener Stabilitätsfond den zuletzt volatilen Aktienmarkt entspannen. Das Extrabudget wurde bereits einige Tage später seitens des Parlaments verabschiedet. Ob es die angespannte Wirtschaftslage entspannen kann, bleibt abzuwarten.

In der öffentlichen Debatte spielt eine mögliche Rückkehr in den Normalzustand nach dem Ende der Krise bislang eine untergeordnete Rolle. Dies mag sicherlich auch daran liegen, dass die derzeitige Lage in Korea weniger als „Ausnahmestand“ wahrgenommen wird, da es zu keinem Zeitpunkt Ausgangsperren gab und Restaurants und Geschäfte weiterhin geöffnet blieben.

Für die Zeit vom 22. März bis zum 5. April soll eine von der Regierung forcierte „Social Distancing Campaign“ alle Bürger noch einmal dazu motivieren, soziale Kontakte trotz sinkender Fallzahlen und wärmer werdenden Temperaturen weiterhin auf ein Minimum einzudämmen. Im Rahmen der

Maßnahmen wurden zum ersten Mal seit Ausbruch der Pandemie in Korea auch explizit Fitnessstudios, Kirchen und Nachtclubs aufgerufen, ihren Betrieb einzustellen. Die Kampagne wird über verschiedene Medien und Sicherheitshinweise auf dem Smartphone beworben.

Von großem öffentlichem Interesse ist insbesondere die Frage nach der Wiederöffnung der Schulen. Bislang haben die koreanischen Schüler aufgrund der Ferien nur eine Unterrichtswoche „verpasst“. In Südkorea, wo die Abschlusstests von enormer Wichtigkeit für den weiteren Lebensweg sind, blicken Eltern hinsichtlich der Prüfungen im Herbst mit Sorge auf die derzeitige Lage. Ab dem 9. April wird anstelle einer Wiederaufnahme des regulären Lehrbetriebes zumindest für Oberstufen- und Mittelstufenschüler ein offizielles Online-Programm eingeführt. Im weiteren Verlauf der Krise ist denkbar, dass zunächst Oberstufenklassen wieder zum Präsenzunterricht übergehen, ehe schrittweise auch die jüngeren Jahrgangstufen bis zum Kindergarten folgen.

Auch die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie, insbesondere für einkommensschwache Haushalte, rücken derzeit stärker in den Fokus der Öffentlichkeit. Einige Städte und Provinzen versuchen die Auswirkungen der Krise bereits mit einmaligen Hilfszahlungen abzufangen. So erklärte beispielsweise die Stadt Jeonju am 13. März, sie werde 50.000 bedürftige Einwohner mit jeweils 527.000 Koreanischen Won (ca. 393 Euro) unterstützen. Nachdem die Lokalregierungen bereits vorgeschossen waren, befasste sich am 30. März auch der Emergency Economic Council mit landesweiten Hilfsmaßnahmen für Haushalte, die sich in den unteren 70 Prozent der Einkommensgruppen befinden. Es wurde vorgeschlagen, Haushalten mit vier Mitgliedern eine einmalige Zahlung in Höhe von 1 Million Won (rund 740 Euro) zukommen zu lassen. Die Maßnahmen würden, so die Schätzung des Council, 14 Millionen Haushalte betreffen. Der Vorschlag muss noch vom Parlament verabschiedet werden.

In der Kommunikation der Regierung bleibt derzeit noch offen, wie es nach dem 5. April weitergehen soll. Eine komplette Aufhebung aller Eindämmungsmaßnahmen nach diesem Stichtag erscheint aus derzeitiger Sicht jedoch unwahrscheinlich. Im Laufe der ersten Aprilwoche wird die Regierung Medienberichten zufolge mit einem Expertenteam beraten, inwiefern die Eindämmungsmaßnahmen sukzessive abgebaut werden können, um im Bereich der Wirtschaft und des sozialen Lebens vorsichtig zurück zu einem normalen Ablauf zu kommen. Insbesondere soll das Expertenteam erarbeiten, wie Eindämmungsmaßnahmen, die auch im Alltag praktikabel sind, an die Bevölkerung vermittelt werden können.

## Einschätzungen zu Taiwan

*David Merkle*

Bereits Ende Dezember 2019 hatten Taiwans Gesundheitsbehörden die WHO informiert, dass eine Mensch-zu-Mensch-Übertragung eines neu entdeckten Corona-Virus in China wahrscheinlich sei. Ab dem 30. Dezember wurde an Taiwans Flughäfen bei Passagieren in aus Wuhan kommenden Flügen Fieber gemessen und Verdachtsfälle gezielt isoliert. Am 15. Januar 2020 wurde COVID-19 von Taiwans *Center for Disease Control* (CDC) in Kategorie 5 übertragbarer Krankheiten eingestuft und fünf Tage später mit dem *Epidemie-Kommandozentrum* (CECC) ein zentrales Krisenorgan geschaffen, das die Maßnahmen seither offiziell koordiniert.

Schon früh weitete man in Taiwan die Fiebermessmaßnahmen an den Flughäfen aus, nahm die Reisebewegungen der in Taiwan ankommenden Passagiere in eine zentrale Datenbank auf und unternahm ein *tracking* der Mobilfunknummern bei jenen Passagieren, die sich zuvor in Gefährdungsgebieten aufgehalten hatten. So konnten etwaige Infektionsketten früh nachvollzogen werden.

Im Gegensatz zu Südkorea setzt Taiwan dabei nicht auf massenhaftes Testen, sondern konzentriert sich auf die Kontaktnetze von Verdachtsfällen und auf die Risikogruppen der COVID-19-Erkrankung. Massentests kommen bislang nur dann zum Einsatz, wenn die Quelle einer infizierten Person nicht herausgefunden wurde.

Durch die frühen Maßnahmen konnten die Fallzahlen sehr niedrig gehalten werden. Beobachter hatten mit weitaus größeren Auswirkungen in Taiwan gerechnet, da zwischen Taiwan und der VR China trotz der politischen Spannungen sehr intensive Handels- und Wirtschaftsbeziehungen bestehen. Bis zu 900.000 Taiwanesen leben und arbeiten permanent in China, dazu kommen viele Studierende, Geschäftsreisende und über 2,6 Mio. taiwanische Touristen im Jahr, die China besuchen.

Viele im Ausland lebenden Taiwaner reisen jedes Jahr im Vorfeld des Chinesischen Neujahrsfestes für die Feiertage traditionell zu ihren Familien nach Taiwan zurück, insbesondere ein Großteil der in China lebenden taiwanischen Community. Dies war auch im Januar 2020 der Fall.

Nachdem die Zahl bestätigter Infizierter in Taiwan lange Zeit bei unter 100 blieb, steigen seit Mitte März die Fallzahlen in Taiwan täglich um eine niedrige, aber konstante Zahl an. Mit Stand 30. März gibt es 306 bestätigte SARSCoV-2 Infizierte in Taiwan, mit einem Zuwachs am 29.0 März um 15 Fälle im Vergleich zum Vortag. Zuletzt waren laut offiziellen Angaben die meisten der festgestellten Neuinfizierungen auf Rückkehrer und Aufenthalte im Ausland zurückzuführen (zuletzt am 29.03. bei 14 der 15 neuen Fälle). Taiwans Regierung hat die Maßnahmen im Land entsprechend verschärft. Seit dem 19. März 2020 dürfen nur noch taiwanische Staatsangehörige und Ausländer mit permanenter Aufenthaltsgenehmigung ins Land einreisen. Alle Einreisenden müssen dabei eine zweiwöchige Hausquarantäne einhalten. Nachdem inländische und internationale Fluglinien weitestgehend eingestellt sind, wurden am 24. März auch alle Transitflüge eingestellt.

Die Gefahr einer zweiten Infektionswelle wird damit in Taiwan weiterhin sehr ernst genommen, von drastischeren Maßnahmen wie Ausgangssperren sieht man aber bisher ab, auch weil in der Gesellschaft insgesamt eine große Rücksichtnahme besteht und beispielsweise das Tragen von Mundschutz in der Erkältungs- und Grippesaison ganz gewöhnlich zum Straßenbild gehört, u.a. vor dem Hintergrund, um dadurch seine Mitmenschen zu schützen.

Mit Beginn der Ausnahmesituation in Wuhan und weiteren Städten der Provinz Hubei am 23./24. Januar 2020 entschied man in Taiwan sehr zügig, die Semesterferien bis Ende Februar zu verlängern und Schulen und Kindergärten länger geschlossen zu halten. Das Arbeitsleben wurde nach den Feiertagen aber weitestgehend vollständig aufrechterhalten. Seit Mitte März bleiben Kindergärten und Schulen zeitweise wieder geschlossen.

Im öffentlichen Bereich ist man zuletzt landesweit zu verstärkten Vorsichtsmaßnahmen übergegangen, sieht aber von allgemeinen Verboten so gut es geht ab. Vor den Eingängen zu Bürogebäuden, Universitäten, Bahnhöfen und öffentlichen Einrichtungen wie Pflegeheimen und Krankenhäusern, wird obligatorisch Fieber gemessen. Zutritt erhält man nur ohne Symptome. Züge können derzeit nur mit Sitzplatzreservierung genutzt werden um die Personenzahl kontrolliert zu halten. Krankenhäuser und Pflegeheime können maximal zu zweit besucht werden. Insgesamt gilt eine neue Empfehlung des Epidemie-Kommandozentrums, bei Veranstaltungen in Gebäuden, wie bei Kulturstätten und Kinos, die Zahl von maximal 100 Personen nicht zu übersteigen; bei Veranstaltungen im Freien (z. B. Konzerte) gilt eine Maximalzahl von 500 Personen. Kinos und Kulturstätten sind also weiter geöffnet, das gleiche gilt für Shopping Malls und Restaurants. Viele Veranstaltungen sind aber bereits vorsichtshalber in die zweite Jahreshälfte verlegt oder ganz abgesagt worden.

Das Wirtschaftsministerium auf zentraler Ebene und die Landkreise wie Städte haben verschiedene Maßnahmen ergriffen, um die erwarteten Einbrüche der stark von China und vom Export abhängigen Wirtschaft Taiwans aufzufangen. Neben Krediten und Subventionen für KMUs mit Einnahmeeinbrüchen



sind auch Kurzarbeitslösungen angewandt worden, mit denen verhindert werden soll, dass Unternehmen Gehälter aussetzen und Arbeitnehmer entlassen. Von April an werden insbesondere für Angestellte im schwer getroffenen Tourismussektor zunächst für drei Monate Krisensubventionen gezahlt.

Für Eltern, die aufgrund des ausfallenden Unterrichts an Schulen und Kindergärten daheim auf ihre Kinder aufpassen müssten, wurden Fixbeträge für die Bezahlung von Kinderbetreuung festgelegt.

Anfang April findet in Taiwan das traditionelle Grabfest (Qingming Fest) statt, bei dem Familien die Gräber ihrer Verwandten und Vorfahren besuchen, diesen gedenken und die Gräber säubern. Hierfür werden die Vorsichtsmaßnahmen durch die Regierung wieder intensiviert und auch empfohlen, dass die Familien in diesem Jahr nur eine kleine Anzahl an Repräsentanten für die Zeremonien bestimmen und damit im kleinen Kreis bleiben. Üblicherweise besteht über die Tage des Festes landesweit ein erhöhtes Verkehrsaufkommen und größere Menschengruppen sind mit öffentlichen Verkehrsmitteln unterwegs. Das Fest wird dieses Jahr also auch als eine Art „Stresstest“ gesehen. Sollte den Feiertagen kein stärkerer Anstieg der Infektionen folgen, ist damit zu rechnen, dass in Taiwan keine weiteren Verschärfungen der Bestimmungen verhängt werden.

Eine etwaige Aufhebung der allgemeinen Vorsichtsmaßnahmen sowie der bestehenden Reisebeschränkungen wird aber vor allem von der Entwicklung der Pandemie weltweit abhängen. Da den offiziellen Zahlen in China grundsätzlich nicht getraut wird, ist mit einer Lockerung der Bestimmungen zur Einreise und zum Flugverkehr aus und nach China vorerst nicht zu rechnen.

Dass in Taiwan nach wie vor ein fast normaler Berufs- wie Lebensalltag stattfinden kann, ist auch der transparenten und gut koordinierten Vorgehensweise der Regierung zu verdanken. Dabei stechen vor allem zwei Punkte heraus, die auch weiterhin als essentiell für eine relativ stabile Situation in Taiwan gesehen werden.

### 1. **Verlässliches E-health System**

Taiwans Gesundheitssystem profitiert von einer sehr gut funktionierenden Datenbank, die u. a. die rationierte Ausgabe von Mundschutzmasken (pro Person 3x3 Mundschutzmasken innerhalb von zwei Wochen) ermöglicht. Die Ausgabe erfolgt über das Vorzeigen der Krankenversicherungskarte, auf der alle Daten geprüft und kontrolliert werden. Über die Daten sind auch Risikogruppen im Bekanntenkreis von infizierten Personen schnell zu identifizieren, die dann für Corona-Tests gezielt kontaktiert werden.

### 2. **Aufklärung über Maßnahmen und Vorgehen gegen Fake News**

Daneben hat Taiwan im Vorfeld der Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im Januar 2020 bereits Strukturen geschaffen um Fake News und der politischen *Einflussnahme* aus China gezielt entgegenzuwirken. Auf diese Strukturen wird auch in Zeiten des Corona-Virus zurückgegriffen, um schnell auf im Internet kursierende Falschmeldungen reagieren zu können. Daneben laufen kurze Aufklärungsvideos zu Hygienemaßnahmen im Fernsehen und Internet anstelle von *Werbeclips* rauf und runter. Die Gesellschaft ist also sehr gut informiert. Viele Pflegekräfte und Arbeiter in Taiwan stammen aus Südostasien. Diesen stehen die Informationen online auch in ihren Landessprachen zur Verfügung.

Taiwan hat damit sehr gute Voraussetzungen, als Land und Gesellschaft die Coronakrise gesundheitlich gut zu überstehen. Die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie für Taiwan sind angesichts der globalen Implikationen noch schwer abzuschätzen. Das hohe Level an Transparenz, Vertrauen und schneller Koordinierung können als Grundpfeiler gesehen werden, um mit möglichst geringem Schaden zurück zur Normalität zu finden. Taiwans Ansatz unterscheidet sich damit gänzlich von dem der VR China und zeigt, wie wertvoll eine liberale, offene und auf Vertrauen gestützte Gesellschaft und damit die politische Kultur eines Landes, eben auch in Krisensituationen sein kann.

## Einschätzungen aus Vietnam

*Peter Girke*

Bereits am 22. Januar 2020 verzeichnete Vietnam den ersten Fall der Virus-Erkrankung Covid-19. Angesichts der geographischen Nähe und dem engen wirtschaftlichen Verhältnis zum Nachbarland China sowie zahlreichen chinesischen Touristen im Land ist diese frühe Ausbreitung des Virus nicht erstaunlich. Auch europäische Staaten, darunter Deutschland, wiesen erste Infektionsfälle im Januar aus. Der Anstieg der Fallzahlen ist in Vietnam seit dem ersten Auftreten der Krankheit bis dato jedoch verhältnismäßig gering, wie ein Vergleich mit Deutschland zeigt: Beide Länder hatten am 17. Februar jeweils 16 Fälle. Vier Wochen danach verzeichnete Vietnam 61 Fälle, Deutschland hingegen 7.272; nochmals zwei Wochen später, am 30. März, meldete Vietnam 194 Infizierte, Deutschland 66.885.

Der Anstieg der Infektionsrate in Vietnam erfolgt nach wie vor relativ moderat und auf insgesamt vergleichsweise niedrigem Niveau, mit einer Verdopplungsrate der Fälle vergleichbar mit der von Hongkong, Singapur oder Südkorea. Sollte es Vietnam weiterhin gelingen, das Ansteigen in diesem Korridor zu halten, dann wäre der Höhepunkt der Krise erst mittelfristig zu erwarten. Dies würde jedoch voraussetzen, dass sich im Land kein unkontrollierbarer Seuchenherd entwickelt und Infektionsketten frühzeitig aufgedeckt werden. Außerdem wäre es erforderlich, die Maßnahmen, die bisher zur Eindämmung der Pandemie ergriffen worden sind, auf einem ähnlichen Niveau wie bisher aufrecht zu erhalten.

Dadurch wäre gewährleistet, dass das Land für längere Zeit unterhalb der Kapazitätsgrenze der ärztlichen Versorgung bliebe, im besten Fall, bis Impfstoffe beziehungsweise wirksame Medikamente entwickelt worden sind. Dass diese eines Tages tatsächlich zur Verfügung stehen, ist für Vietnam auch deshalb von großer Bedeutung, weil bei einer solch geringen Ansteckungsrate ohne Impfschutz auf längere Sicht und mit jeder Lockerung der Maßnahmen immer wieder ein Aufflammen oder starkes Ansteigen von Infizierungen droht.

Verschiedene Faktoren spielen eine Rolle dabei, dass die Infektionsrate in Vietnam bisher niedrig gehalten werden konnte und die Anstrengungen Vietnams von der WHO als proaktiv und konsistent gelobt wurden.

Ein Schlüssel dafür liegt in dem frühzeitig entschlossenen Handeln von Regierung, Behörden und auch der Bevölkerung im Kampf gegen die Covid-19-Krise.

Die zur Überwachung und Koordinierung der nationalen, regionalen und lokalen Maßnahmen eingerichtete Task Force veranlasste schon in einem sehr frühen Stadium der Krise Schritte, die für europäische Länder zunächst undenkbar schienen. Nach wenigen Wochen hat sich das Bild deutlich gewandelt – während das wirtschaftliche und soziale Leben in vielen europäischen Staaten schon seit einiger Zeit zum Erliegen gekommen sind, befindet sich Vietnam in einem Modus, in dem die einschneidendsten Maßnahmen erst nach und nach eingeführt werden.

Für die Bevölkerung spürbar begann der Kampf gegen Covid-19 Anfang Februar, als die Zahl der Infizierten stabil bei 16 Fällen lag. Bereits in dieser frühen Phase wurden die Schulen geschlossen, zunächst in den Metropolen, nach wenigen Tagen landesweit. Hinzu kamen die Universitäten. Veranstaltungen wurden zunächst verschoben, dann abgesagt.

Die ersten Covid-19-Fälle fielen in eine Zeit, in der es aufgrund des gerade beendeten Tet-Neujahrsfestes große Reisetätigkeiten gab; viele in China lebende Vietnamesen im Heimaturlaub sowie chinesische Touristen und Arbeiter waren landesweit unterwegs. In der Bevölkerung, vor allem in den sozialen Medien, regte sich Widerspruch dagegen, dass die Grenzen zu China weiter geöffnet bleiben sollten. Es wurde die Sorge geäußert, dass die Regierung die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu China über die Gesundheit der eigenen Bevölkerung stellen könnte. Das kann für die politische Führung kaum überraschend gekommen sein, denn in Teilen der Bevölkerung gibt es starke unterschwellige antichinesische Ressentiments. In der Folge kam es zunächst zu verstärkten

Grenzkontrollen und schließlich zu einem kompletten Einreiseverbot für Reisende aus China. Dieser Schritt ist durchaus bemerkenswert, wenn man den Stellenwert des kommunistischen Bruderstaates Chinas im bilateralen politischen und wirtschaftlichen Verhältnis bedenkt.

Die Intensität der von der Regierung ergriffenen Maßnahmen und verordneten Einschränkungen nahm graduell zu. Testverfahren waren frühzeitig verfügbar und wurden weit gefächert eingesetzt. Das Militär, bei rund 97 Millionen Einwohnern mit knapp 500.000 aktiven Militärangehörigen ein bedeutender Faktor, wurde mobilisiert, um das öffentliche Gesundheitssystem zu unterstützen und zu stabilisieren, beispielsweise mit der Entsendung von medizinischen Spezialisten und der Einrichtung von Quarantänelagern. Nachdem die Quarantänekapazitäten wegen einer weit gefassten Definition von Kontaktpersonen relativ schnell an ihre Grenzen gelangten, wurde zunehmend auf häusliche, teilweise auch überwachte Quarantäne umgestellt. Insgesamt konnten Infizierte schnell identifiziert und isoliert werden.

Anfang März wurde in einem weiteren Schritt die Visafreiheit für Touristen aus vielen europäischen Ländern aufgehoben, ab dem 21. März mussten sich alle Passagiere, die von außerhalb Vietnams einflogen, direkt in eine vierzehntägige Quarantäne begeben. Mittlerweile, seit Ende März, wurde der internationale Flugverkehr weitgehend eingestellt, auch weil die meisten jüngeren Infektionsfälle direkt auf Passagiere aus dem Ausland zurückgeführt werden konnten und vietnamesische Rückkehrer aus Infektionsgebieten wie Europa und den USA den Behörden Sorgen bereiten. Religiöse Feste und Aktivitäten mit mehr als zehn Personen wurden verboten. An öffentlichen und stark frequentierten Orten müssen Gesichtsmasken getragen werden. Die Verbreitung von Fake News mit Bezug auf Covid-19 ist unter Strafe gestellt. Ende März wurden die öffentlichen Sport- und Spielplätze geschlossen, Restaurants wurde der Publikumsverkehr untersagt.

Gleichzeitig dürfen – Stand Ende März – Geschäfte und Firmen weiterhin öffnen. Bautätigkeiten, ein wichtiger wirtschaftlicher Faktor, liefen weiter. Es wird jedoch dringend empfohlen, die eigene Unterkunft nur in dringenden Fällen zu verlassen; eine umfängliche Ausgangssperre ist bisher allerdings nicht verhängt worden.

Ein zweiter Schlüssel, der zur Eindämmung der Infektionszahlen genutzt wird, liegt in dem autoritären System und der Durchsetzungsmacht der Kommunistischen Partei und Regierung. Ohne demokratische Prozesse und rechtsstaatliche Prinzipien beachten zu müssen, können weitreichende Maßnahmen schon zu einem Zeitpunkt ergriffen werden, in denen sie aus westlicher Sicht noch unverhältnismäßig erscheinen. Die Kontrollmöglichkeiten des Systems lassen in Zeiten wie diesen eine intensive Nachverfolgung von Infektionsentwicklungen zu, jedenfalls so lange sich die Zahlen im unteren Bereich bewegen.

Hinzu kommt, dass Vietnams Führung in einigen Punkten aus vorherigen Beispielen gelernt zu haben scheint. So ist der Staat von den politischen Institutionen her zwar mit China vergleichbar. Allerdings gibt es deutlich mehr Freiheiten zum Beispiel im Umgang mit sozialen Medien. Mit Blick auf China und die sozialen Medien in der Covid-19-Krise hat die politische Führung in Vietnam wohl erkannt, wie sich das Blockieren von Informationen in den sozialen Netzwerken in China negativ auf die Wahrnehmung von Regierungshandeln auswirkte und zu Vertrauensverlust führte. So blieben die vietnamesischen Behörden weitgehend transparent bei der Information über die Virusausbreitung und auch die sozialen Medien wurden als alternative Informationsquellen und Diskussionsplattformen zugelassen.

Ein dritter Faktor ist eine allgemeine Akzeptanz in der Bevölkerung, für das Wohl der Gesellschaft auch erhebliche Einschränkungen hinnehmen zu müssen, um gemeinsam im Kampf gegen den Virus erfolgreich sein zu können.

Dieser Kollektivgedanke ist im gesellschaftlichen Denken und Handeln der Vietnamesen fest verankert und liegt neben der konfuzianisch geprägten Loyalitätspflicht auch in dem seit Jahrzehnten bestehenden kommunistischen System begründet. Pragmatismus bei der Lösung von Problemen und die Einsicht, dass individuelle Entbehrungen für das Wohl einer Gesellschaft notwendig sein können,

sind in Vietnam weit verbreitet. Letztendlich trägt auch das Wissen um die Qualität und die begrenzten Kapazitäten des Gesundheitssystems dazu bei, dass alle Vorgaben befolgt werden, um die Ausbreitung des Corona-Virus einzudämmen. Einschränkungen der Privatsphäre beispielsweise bei der Offenlegung von Gesundheitsdaten über Apps und soziale Netzwerke werden als gesellschaftliche Pflicht wahrgenommen. Das umfasst auch gegenseitige Kontrolle, inwiefern sich Einzelne gegebenenfalls nicht an die behördlichen Vorgaben und Empfehlungen halten. Das Einhalten von Hygiene-Maßnahmen ist ebenfalls selbstverständlich: Gesichtsmasken werden getragen, Hände gewaschen, Abstandsregeln eingehalten.

Groß angelegte Öffentlichkeitskampagnen tun ihr Übriges, um für Akzeptanz für die Maßnahmen bei der Bevölkerung zu werben: Regelmäßige Auftritte des Premierministers, Presseerklärungen von Fachbehörden, aufklärende Informationen auf allen Kanälen und in allen Staatsmedien (es gibt mit Ausnahme der sozialen Medien nur solche) verstärken die allgemeine Unterstützung weiterer Maßnahmen. Die Informationen scheinen weitgehend verlässlich zu sein. Und: Der global viral gegangene „Corona-Song“ zum Händewaschen stammt aus Vietnam.

Die weitgehende Einstellung des internationalen Flugverkehrs von und nach Vietnam hat zudem zu einer Art Bunkermentalität geführt, flankiert von patriotischen Appellen, die in der Bevölkerung auf große Resonanz stoßen. Touristen und andere Ausländer, die sich nicht an die Vorgaben halten, beispielsweise das Tragen von Masken, erfuhren Diskriminierung, so dass der Premierminister mit Strafen drohte, auch mit Blick auf den möglichen Schaden im Tourismussektor.

Es zeichnet sich so insgesamt das Bild einer starken politischen Führung, die in der Lage war, frühzeitig top-down einschneidende Maßnahmen zu ergreifen, gepaart mit einer Gesellschaft, die auch aus Eigenmotivation mit großem Einsatz gegen Covid-19 kämpft.

Der Höhepunkt der Covid-19-Krise wird Vietnam möglicherweise erst mittelfristig erreichen. Der Fokus liegt derzeit nach wie vor darauf, die Zahl der Neuinfektionen auf niedrigem Niveau stabil zu halten. In den ersten drei Monaten der Krise wurden die Maßnahmen und Einschränkungen nur in eine Richtung angepasst, nämlich verschärft. Dies erfolgte früher, über einen längeren Zeitraum und mit Blick auf die aktuell drastischsten Maßnahmen insgesamt weniger einschneidend als in den meisten anderen Ländern, die mit der Covid-19-Pandemie kämpfen. Es ist davon auszugehen, dass die Maßnahmen mindestens auf dem aktuellen Niveau noch über einen längeren Zeitraum aufrechterhalten werden. Erst dann könnte dazu übergegangen werden, sie im Wechsel zu lockern und – bei erneuter Zunahme von Infektionsfällen – wieder zu verschärfen.

Über Pläne zur Rückkehr in den Normalzustand dringen bisher nur wenige Informationen an die Öffentlichkeit. Zu den am stärksten von der Krise betroffenen Wirtschaftsfeldern gehören die Tourismusbranche, der Transportsektor (v. a. Luftfahrt) sowie die Produktionsbereiche Elektronik und Landwirtschaft und die Versicherungsbranche. Von zurückgehendem Konsum ist ebenfalls auszugehen. Die Vorbereitungsmaßnahmen für eine Rückkehr zur Normalität werden wohl vor allem diese Wirtschaftsfelder im Auge haben.

Der Premierminister kündigte dazu an, neben einem Hilfspaket, das zur Stimulierung der Wirtschaft bereits geschnürt wurde, Investitionen des öffentlichen Sektors zu verstärken, um die Wachstumslücke zu schließen. So könnten beispielsweise Public Private Partnerships im Infrastrukturbereich (v. a. Straßenbau) in rein staatliche Investitionsmodelle umgewandelt werden. Weiterhin sollen mit Blick auf die Post-Covid-19-Zeit noch stärker als bisher private und ausländische Investitionen angezogen werden, die Kreditvergabe erleichtert, administrative Vorgaben vereinfacht, die Produktion lokaler vietnamesischer Produkte gefördert und neue Exportmärkte erschlossen werden. Auch die Unterstützung bei der Wiederherstellung von Lieferketten wird eine Regierungspriorität sein, um die Produktionsengpässe möglichst schnell beenden.

## Impressum

### Die Autorinnen und Autoren

Frank Priess ist stellvertretender Leiter der Abteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit.

Michael Winzer ist Leiter des Auslandsbüros der Stiftung in Peking.

Matthias Schäfer ist Leiter des Auslandsbüros in Shanghai.

Dr. Chengzang Zhuang arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Auslandsbüro Shanghai.

Dr. Christian Hübner ist Leiter des Regionalprogramms Energiesicherheit und Klimawandel Asien und Pazifik.

Rabea Brauer arbeitet als Leiterin des Auslandsbüros in Tokio.

Christian Echle ist Leiter des Regionalprogramms Politischer Dialog Asien und Pazifik.

Stefan Samse leitet das Auslandsbüros in Seoul.

Anna Schiller arbeitet im Auslandsbüro in Seoul als Projektmanagerin.

David Merkle ist Referent für China.

Peter Girke leitet das Auslandsbüros in Hanoi.

### Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

#### **Martina Kaiser**

Referentin Globale Gesundheit  
Analyse und Beratung  
T +49 30 26996-3582  
[martina.kaiser@kas.de](mailto:martina.kaiser@kas.de)

Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung, 10785 Berlin

Herausgeberin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2020, Berlin  
Gestaltung & Satz: yellow too Pasiak Horntrich GbR  
Satz: Marianne Graumann, Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

ISBN 978-3-95721-643-4



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)